

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

Von Georg Magirius

Anmoderation:

Fast acht Millionen damals so genannter Fremdarbeiter gab es gegen Ende des zweiten Weltkrieges in Deutschland. Sie waren nicht freiwillig gekommen, um in Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalten zu arbeiten. Es waren Zwangsarbeiter. Sie für ihr Leiden zu entschädigen ist Sinn des Entschädigungsfonds der deutschen Industrie. Doch auch in den Kirchen waren Fremdarbeiter beschäftigt, in Ländereien, Klöstern und Krankenhäusern - Jahrzehnte wurde darüber so gut wie nicht gesprochen. Erst im Zuge der Entschädigungsdiskussionen haben auch die Kirchen begonnen, die Situation von Zwangsarbeitern in ihren Einrichtungen intensiver zu erforschen, was zuweilen einer Detektivarbeit ähnelt. Mindestens genauso aufregend ist die Frage, inwiefern die Kirchen schuldhaft verstrickt waren. Die Reportage von Georg Magirius spiegelt die Ereignisse der letzten Monate.

Ein Blitzlichtgewitter bricht über den Bischof herein. Als es sich legt und er anfangen will zu reden, wird er unterbrochen: "Das ist eine absolute Katastrophe! Ich rede hier gegen Rücken gegen Hemden, Hosen und gegen Kameras. Aber auf den es ankommt, den sehe ich nicht einmal." Was den Journalisten erregt: Eine Mauer von Fernsehkameras verdeckt Karl Lehmann, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

Es ist Spätsommer des letzten Jahres, Urlaubszeit. Die Pressekonferenz in Mainz aber hat nicht den Hauch von entspannter Atmosphäre. Auf dem Podium drängeln sich die Mikrofone. Nur noch wenige Sekunden: Dann wird klar sein, ob die katholische Kirche in die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung von Zwangsarbeitern einzahlen wird. Doch es geht nicht nur um Geld - es geht um mehr. Oft prangert die Kirche Unrecht an. Doch kann sie auch von sich selber sagen: Wir haben in der NS-Zeit falsch gehandelt?

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

Rückblende: Wenige Wochen vor der Pressekonferenz in Mainz hatte sich die Evangelische Kirche in der Zwangsarbeiterfrage quasi selbst angezeigt und angekündigt, in den Topf für die Entschädigung von Zwangsarbeitern 10 Millionen Mark zu zahlen. Zugleich forscht sie intensiv. Aus Archiven soll ans Tageslicht kommen, inwiefern kirchliche Einrichtungen in das System der Zwangsarbeit mit eingebunden waren.

Die katholische Kirche fühlt sich von alledem nicht angesprochen. "Zwangsarbeiter? Bei uns nicht." So lauten zunächst die Antworten. Doch in Archiven werden erste Fälle aufgestöbert - und damit wächst der Druck. Auch bei den Katholiken bricht jetzt Forschungsfieber aus. Nur wenige Wochen, dann ist es soweit. Bischof Lehmann ergreift das Wort und bilanziert auf der Pressekonferenz in Mainz im Angesicht der Kameras: "Nach den bisherigen Recherchen kann man sagen: Die katholische Kirche in Deutschland hat keineswegs, wie behauptet worden ist, Zwangsarbeiter in großem Umfang oder in großem Stil oder flächendeckend beschäftigt. Die Zahl der in katholischen Einrichtungen beschäftigten Ausländer erreicht - bezogen auf 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte vom August 1944 - wahrscheinlich nicht einmal die Zwei-Promille-Grenze."

Etwa 15 000 werden es gewesen sein. Man wolle keineswegs bestreiten, dass ausländische Arbeiter oft ins deutsche Reich gezwungen wurden. Und in der gewerblichen Wirtschaft seien sie ja auch geknechtet worden. Doch wenn der Arbeitgeber katholische Kirche hieß, habe am Arbeitsplatz so gut wie gar kein Zwang geherrscht, erläutert Hans Langendörfer, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz: "Es ist offenkundig: Die Lebensbedingungen derer, die unter dem Dach der Kirche gearbeitet haben, unterscheiden sich kolossal von den anderen Zwangsarbeitern, vor allem von denen in der gewerblichen Wirtschaft." In katholischen Einrichtungen sei Lohn nach Tarif gezahlt worden. In Klöstern hätten sich Freundschaften entwickelt, die als Briefkontakte noch lange währten. Viele Priester kümmerten sich seelsorgerlich um Zwangsarbeiter, auch wenn das verboten war. Karl Lehmann: "Aus Quellen geht hervor, dass 46 deutsche Priester, das sind elf Prozent aller KZ-Fälle von Priestern, unter anderem mit dem Vorwurf der Ausländerseelsorge ins KZ eingewiesen worden sind. Elf davon sind im Konzentrationslager umgekommen."

In die Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern zahle die katholische Kirche keinen Pfennig. Denn die sei für Menschen gedacht, die wie Sklaven schufteten

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

mussten. Die kirchlichen Zwangsarbeiter aber seien ja nur in Krankenhäusern, Handwerksbetrieben oder Ländereien tätig gewesen. Sie will die katholische Kirche mit fünf Millionen Mark direkt entschädigen, unabhängig vom Stiftungsfond der deutschen Wirtschaft.

Über diese Einzelfälle hinaus fließt gemäß der Bischofsentscheidung ein Betrag von ebenfalls fünf Millionen Mark in die Versöhnungsarbeit katholischer Initiativen, unter anderem von Pax Christi. Warum aber wird eigentlich so viel Geld lockergemacht, wenn sich die Kirche damals so anständig verhalten hat? Aus Solidarität, entgegnet Bischof Lehmann. Es gebe eine Art Mithaften mit dem deutschen Volk. Von einer Schuld der Kirche könne aber nicht die Rede sein: "Deswegen würde ich jetzt nicht den Schuldbegriff verwenden, vor allem nicht in dieser Allgemeinheit. Deswegen weise ich auch auf die Seelsorge hin, auf das mutige Eintreten Einzelner, die nicht auf ihr eigenes Leben Rücksicht genommen und auch Widerstand bewiesen haben."

Joachim Garstecki, zehn Jahre lang Geschäftsführer der katholischen Friedensinitiative Pax Christi ärgert sich, auch wenn er sich eigentlich freuen müsste. Denn seine Organisation sieht sich durch die Entscheidung der Bischöfe einem reichen Geldsegen gegenüber. Doch Garstecki stört das allzu sanfte Licht, mit dem die Bischöfe die Situation der Zwangsarbeiter beleuchten: "Da kommt ein merkwürdig humanitär-diakonisch-pastorales Element zum Tragen: 'Die Leute, die in katholischen Einrichtungen arbeiteten, haben es ja vergleichsweise gut gehabt, denn die sind ja von den Einrichtungen gut behandelt worden.' Ja, das war also - um es einmal ein wenig überspitzt zu sagen - fast so etwas wie ein Schonplatz für die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Und daraus könne man doch sehen, dass in der katholischen Kirche alles ganz anders gelaufen ist und anders behandelt werden muss. Daraus wird letzten Endes auch abgeleitet, dass die Kirche einen Sonderweg geht und sich nicht an dem Entschädigungsfond der Wirtschaft beteiligt."

Der entscheidenden Frage wichen die Bischöfe aus, sagt Garstecki. "Ich denke, man kann sehr viele entlastende bis hin zu entschuldigenden Argumenten anführen. Nur trifft alles das nicht den Kern des Problems: Wir müssen bekennen, wie immer die Umstände waren, dass Kirche ein Teil dieses schlimmen, menschenverachtenden und in seiner Gesamtheit verbrecherischen Systems war. Zwangsarbeiter wurden ausgebeutet, damit im Reich - wie das damals hieß - die Schornsteine weiter

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

rauchen können." In der gesamten Erklärung der Bischöfe sei kein einziges Wort an die Opfer adressiert, klagt Garstecki: "Keinerlei Bitte um Entschuldigung." Dem hält die Bischofskonferenz entgegen: Ein Volk oder eine Organisation wie die Kirche könne pauschal gesehen gar nicht schuldig werden. Überdies sei vor aller Rede von Schuld und Sünde der präzise Blick in die Geschichte nötig.

Doch der historische Blick gestaltet sich für Katholiken und Protestanten gleichermaßen schwierig. 56 Jahre lang wurde das Kapitel "Zwangsarbeiter in der Kirche" meistens überblättert. Buchstaben, Worte oder gar ganze Sätze aus diesem Kapitel wieder lesbar zu machen - daran tüftelt Harald Jenner. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche hat den Hamburger Historiker beauftragt, diakonische Einrichtungen unter die Lupe zu nehmen. In Schleswig-Holstein hat er begonnen. Inzwischen forscht er innerhalb eines vom Marburger Kirchengeschichtler Jochen-Christoph Kaiser geleiteten Projekts in ganz Deutschland. "Oft sind die Akten nicht so erschlossen, dass man sie einem einfach in die Hand gedrückt werden können", berichtet Jenner. "Die Akten stehen auf irgendwelchen Dachböden herum, sind nicht nummeriert und nicht verzeichnet. Das ist das sehr viel Arbeit, denn Akten über Hilfspersonal, das für ein, zwei Jahre tätig war, sind sowieso gering."

Auch auf katholischer Seite sei die Quellensuche mehr als anstrengend, sagt Thomas Schüller. Er ist Rechtsdirektor des Bistums Limburg und leitet die dortigen Recherchen. In den ersten Wochen nach Forschungsbeginn hatte der ohnehin nicht gerade schwergewichtige Theologe und Jurist fünf Kilogramm abgenommen. Bislang sind in dem Bistum über 100 Zwangsarbeiterfälle aufgetaucht, hauptsächlich in den Klostereinrichtungen von Montabaur, Dernbach und Marienstadt. "Wir haben über unsere kirchlichen Organe Zeitzeugen gebeten, sich zu melden. Von ihnen haben wir die wertvollsten Hinweise bekommen, so dass wir dann - oft in Kombination mit kommunalen oder anderen Archiven - auf Zwangsarbeiter gestoßen sind. Wir sagen manchmal ein bisschen scherzhaft: Es ist Sherlock-Holmes-Arbeit. Das heißt: Man muss Fantasie entwickeln, wo man etwas finden könnte. Es gibt keine Quellen-Editionen, die uns zeigen: Da sucht nach, da findet ihr etwas."

Haben die Kirchen, so ließe sich ja fantasieren, etwa nach dem Krieg geheime Unterlagen aus dem Weg geräumt? Nein, die schwierige Forschungslage hat eine erstaunlich einfache Ursache, sagt der Hamburger Historiker Harald Jenner: "Es gab

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

einfach keinen Grund besondere Akten anzulegen. Denn es war eine übliche, einfache, unbürokratische Beschäftigung von Mitarbeitern, die aus der Fremde kamen. Sie waren vom Angestelltenverhältnis her keine vollwertigen Mitarbeiter im Sinne des Gesetzes, so dass man mit ihnen nichts weiter zu tun hatte. Es war etwas völlig Normales - fast jeder landwirtschaftliche Betrieb zu dieser Zeit hatte die sogenannten Fremdarbeiter beschäftigt." Ein Unrechtsbewusstsein hat es nach Einschätzung Jenners nicht gegeben - auch nicht in der Kirche: "Man muss immer betonen: Sie wurden Fremdarbeiter genannt, das Wort 'Zwangsarbeiter' hat es nicht gegeben. Das benutzen wir heute. Es waren Arbeitskräfte, die zum Teil angeworben, zum Teil angepresst, zum Teil zur Arbeit genötigt, zum Teil zur Arbeit auch wirklich eingefangen wurden. Aber für die Stelle, an der sie arbeiteten, waren sie zunächst einmal ausländische Arbeitskräfte, die man vom Arbeitsamt zugeteilt bekam. Das lag also alles im üblichen bürokratischen Rahmen des Landes. Der Gedanke 'Die sind hier zur Arbeit gezwungen' ist kaum aufgetaucht."

Die Arbeit sei nicht härter als die eines Knechtes oder einer Magd gewesen, meint Jenner. Auch die Lebensbedingungen seien nicht grausam gewesen, sagt Thomas Schüller vom Bistum Limburg: "Sie übernahmen beispielsweise freigewordene Zellen, in denen Patres gewohnt haben, die als Soldaten in den Krieg eingezogen waren. Ich habe bisher keine Hinweise gefunden, dass sie unter unmenschlichen Bedingungen, also etwa in Baracken und ähnlichen Behausungen, gelebt haben. Allerdings hatten sie aufgrund der Polen- oder Ostarbeiter-Erlasse wenig Bewegungsfreiheit. Und sie haben darauf geachtet, dass sie diese Gebote und Gesetze einhalten, weil sonst Gefahr bestand, dass sie sofort ins KZ gebracht wurden. Und da kamen sie in der Regel sofort um."

Die Erlasse für Polen und Ostarbeiter zwängten deren Leben erheblich ein. Auf der Kleidung mussten sie sichtbar ein Zeichen tragen. Der Lohn schrumpfte. Sie durften nicht einkaufen und nachts nicht auf die Straße. Verboten war auch jeglicher Kontakt zu Deutschen außerhalb der Arbeit, vor allem wenn er zärtlich wurde. "Wenn junge Männer und junge Frauen über Jahre zusammen arbeiten", sagt Harald Jenner, "wissen wir alle, was da passiert. Aber das war im Sinne der damaligen Zeit ein wirkliches Verbrechen, dass für die betroffenen Fremdarbeiter zum Teil mit dem Tode bestraft wurde."

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

Kirchliche Arbeiter seien in die Kriegsmaschinerie fest mit eingeplant gewesen, gerade die in der Landwirtschaft, resümiert der Hamburger Historiker: "Die Arbeit des sogenannten Fremdarbeiters in der Landwirtschaft spielte eine entscheidende Rolle. Es waren zeitweilig mehr Fremdarbeiter in der Landwirtschaft als in der Industrie beschäftigt. Die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland hatte für die Regierung eine ganz, ganz hohe Priorität." Denn wer hungert, hätte wohl kaum Lust gehabt am 1000-jährigen Reich der Nazis mitzubauen. Kirchliche Einrichtungen waren wichtige Puzzleteile des NS-Systems. Auf fast symbolische Weise verdeutlicht das ein Beispiel in Berlin, bei dem Kirche, Zwangsarbeit und das todbringende NS-System ineinanderfließen.

Schauplatz unter anderem ist der bis heute genutzte Kirchhof der evangelischen Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde in Berlin. Leichter Autolärm dringt auf den Friedhof. Auf der angrenzenden Hermannstraße trösten Döner-Buden hungrige Passanten. Ein Wasserhahn sprudelt. Mit Gießkannen versorgen einige Frauen die Gräber ihrer Angehörigen. Vom Grundstück nebenan schleicht eine Katze auf den Kirchhof, springt über Grabsteine und ruht dann auf einem in der Sonne aus. Am Eingangstor mahnt ein Schild, den Kirchhof als Ort der Würde und des Totengedenkens zu achten. Doch er ist nicht nur das. Von 1942 bis 45 stand genau an dieser Stelle ein Ostarbeiterlager.

Deutsche Friedhofsarbeiter befanden sich damals im Krieg. Der Tod aber machte keine Pause. Gerade jetzt nicht, wo immer mehr die Bomben fielen. 28 Berliner Kirchengemeinden, 26 evangelisch, zwei katholisch, schlossen sich zusammen. Sie drängten das Arbeitsamt, ihnen Fremdarbeiter zuzuweisen, was auch bald geschah. Auf den quer über die Stadt verstreuten Kirchhöfen sorgten diese nun dafür, dass Leichen unter die Erde kamen.

Im Archiv der evangelischen Jerusalemgemeinde, auf deren Kirchhof die Baracke stand, ist Material gefunden worden. Darunter Namen von damals Beschäftigten. Über deren Lebensumstände kann Olaf Köppen, Pfarrer der Jerusalemgemeinde, allerdings nur wenig sagen: "Da waren wir anfangs euphorischer. In unserer Akte war eine Inventarliste beigelegt, aber wir wissen nicht, ob die wirklich vollständig ist. In dieser Akte geht es, das ist das Unangenehme, eher um finanztechnische Verwaltung dieser Dinge, zum Beispiel um einen Bericht, dass das Lager von einer Flieger-

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

bombe getroffen wurde: Was da zerstört wurde, was man an Material neu bestellen musste. Man musste einen Antrag stellen, dass im Krieg wiederaufbauen zu dürfen. Diese Dinge der technischen Verwaltung geben nur ein vages Bild über die Lebensumstände."

Immerhin: Grob lässt sich nachzeichnen, wie die Friedhofsarbeiter gelebt hätten, sagt Peter Storck, Pfarrer der evangelischen Jacobikirchengemeinde, in der ebenfalls Unterlagen über das Barackenlager gefunden wurden. "Die Belegung lag bei maximal 100, meistens lebten da 97 oder 98 Personen. Man hat, so schreibt es der Abschlussbericht ganz genau, die Leute nach den Vorgaben ordnungsgemäß bezahlt: Das waren 82 Pfennig die Stunde plus Verpflegung. Ein Elektromonteur bekam damals - zum Vergleich - 2,40 Mark die Stunde, der Lagerführer 3 Reichsmark." Alles Weitere sei Spekulation, sagen die beiden Pfarrer übereinstimmend. Denn an der menschlichen Situation der Lagerarbeiter sind die Schriftstücke gar nicht interessiert. Olaf Köppen: "Der Lagerleiter beziehungsweise der Finanzbevollmächtigte, der Herr Kinkel, haben relativ deutlich den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Effektivität gelegt. Das heißt dem Finanzbevollmächtigten war es wichtig, dass die Arbeitskräfte billig sind und was leisten. Aus einem Bericht geht hervor, dass er ganz froh ist, von den teuren anderen Arbeitskräften auf die billigen Ostarbeiter umgestellt zu haben, weil die auch nicht so viele Familienangehörige mitbrachten."

Der Abschlussbericht der Jerusalemsgemeinde über das Projekt streicht den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens heraus. Am Ende steht die Unterschrift des Finanzbevollmächtigten und dann das Datum: "Berlin, 26. August 1945." Der Krieg war längst zu Ende. Doch der Tonfall ist sachlich und kühl - ein wenig Stolz über das gelungene Projekt schwingt mit. Peter Storck findet das bedrückend. Sein Kollege Olaf Köppen ist eher traurig: "Ich empfinde Trauer, dass wir keinen anderen Weg gefunden haben. Ich versetze mich in die Leute hinein: Was sollen sie machen? Ich stelle mir das vor: Da sind Gemeinden, die müssen die Toten beerdigen und ihre Männer sind eingezogen. Inwieweit die mitbeteiligt und schuldhaft verstrickt sind, dass wir Krieg haben, das ist eine Frage, die die damals gar nicht so konkret gestellt haben - oder nur einige. Die hier vor Ort waren, hatten das Problem: Da werden Leichen angeliefert und wir haben niemanden, der Gräber aushebt. Da bot das damalige System diese Möglichkeit und man hat zugegriffen. Das finde ich traurig: Dass

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

man in einem System mitmacht und dadurch indirekt oder direkt schuldhaft verstrickt wird, ohne sich dessen wahnsinnig bewusst zu sein."

Sie haben mitgemacht, wahrscheinlich sogar ohne böse Absicht - und wurden doch ein Teil des alltäglichen Schreckens. Der Berliner Fall ist beispielhaft für das Verhältnis von Kirche und Zwangsarbeit überhaupt. Kirchliche Einrichtungen waren aus Not heraus gezwungen, Zwangsarbeiter zu nehmen. Schuldlos waren sie und doch schuldig. Täter, die zugleich Opfer sind - und doch auch Täter bleiben. Das alles ist schwer zu beschreiben. Und doch biete gerade das Christentum dafür Worte, glaubt der katholische Theologe und Priester Gotthard Fuchs aus Wiesbaden. Sprachhilfe für diesen Sachverhalt sei die Lehre von der Ursünde. Der Theologe mag dieses Wort allerdings nicht verwenden, weil es heute kaum mehr zu verstehen sei. Stattdessen spricht er von Verblendungszusammenhängen: "Es gibt quasi überpersonale Atmosphären zum Guten und zum Bösen - wie eine Art Smog, ein moralischer Smog. Und diese Formulierung gebrauche ich nicht, um Schuld wegzu erklären, sondern um im Gegenteil den fast tragischen Charakter herauszuheben. Sehr viele sagen über die Nazizeit: 'Ich habe von nichts gewusst.' Und subjektiv stimmt das auch. Und trotzdem sind sie mitgehangen, mitgefangen, weil sie sozusagen wie ein Tropfen im verdreckten Ozean betroffen sind und zumindest indirekt mitgemacht haben. Sie waren Teil dieses Verblendungszusammenhanges, der nationalsozialistischen Ideologie mit ihrem Rassenhass und der Denunzierung von bestimmten Menschengruppen."

In der Bibel werde diese Unentrinnbarkeit sehr realistisch abgebildet, meint Gotthard Fuchs: "Es gibt einen sehr schönen Text, in dem Paulus sagt: 'Ja, was bin ich nur für ein Typ? Das Gute, was ich will, das tue ich nicht. Und das Böse, was ich nicht will, das tue ich.' Also selbst wenn ich das Beste will, kann ich aufgrund dieser Verblendungszusammenhänge, dieser Mächte, dieser Atmosphären zum Mitspieler und zum Komplizen werden."

Oft klagen die Kirchen, dass biblische Traditionen immer mehr ins Abseits wandern. Beichtstühle werden immer seltener besucht. Der Buß- und Betttag als Feiertag ist abgeschafft. Kaum jemand will noch was von Sünde und Vergebung hören. Kurios und zugleich tragisch, dass nun die Kirche selbst große Mühe hat, der eigenen Botschaft zu trauen. Gotthard Fuchs: "Das Tragische etwa bei dem Verhalten

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

der katholischen Bischöfe ist, dass sie natürlich an die Vergebung der Sünden glauben und Vertreter einer Organisation sind, die das Geheimnis der Beichte, das Geheimnis der Sündenvergebung, in den Mittelpunkt stellt. Aber sie tun sich selber schwer zu beichten und zu bekennen. Vielleicht auch deswegen, weil das Gesamtklima derart mörderisch ist, dass jeder, der ehrlich eine Schwäche bekennt, faktisch eins über die Rübe bekommt und schlecht gemacht wird. So verhalten sich die Kirchen oder wir Kirchenvertreter faktisch genau so wie die, die keinen Glauben haben. Das heißt: Wir mauern bis zuletzt und würden am liebsten die Schweinereien unter den Teppich kehren bis zuletzt. Wir tun uns unheimlich schwer die Freiheit des Evangeliums zu leben, aus der wir heraus sagen: Ja, okay, wir haben Mist gebaut und wir hängen mit drin. Dann könnte man umso besser sagen und auch unterscheiden: Bei allem Mist, der in der Nazizeit war, ist unser Misthaufen kleiner als der der anderen - aber: Mist ist Mist." Der Kampf um gesellschaftlichen Einfluss sei hart, sagt Gotthard Fuchs. Jeder, auch die Kirche, habe Angst Fehler einzugestehen.

Dabei könnte die Kirche andere ermuntern, ihrer dunklen Geschichte nicht aus dem Weg zu gehen. Beispielsweise weigern sich viele Firmen nach wie vor, bei der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft einzusteigen. Noch immer hat sie die anvisierten fünf Milliarden Mark nicht beisammen. Doch wenn selbst die katholische Kirche sich ziert, von Schuld zu reden, ist das nicht besonders vorbildhaft. Dabei bräuchte sie ja keine Angst zu haben. Denn wer dunkle Seiten eingesteht, so lautet zumindest die eigene Botschaft, wird nicht das Gesicht verlieren. Der Zwang, sich immerfort gut reden zu müssen, verwandelt sich in Freiheit. In Bildern gesprochen: Wer verblendet ist, muss seine Augen nicht mehr zukneifen. Und der verdreckte Ozean wird glasklar.

Aber wie sähe ein überzeugendes Schuldbekennnis in der Zwangsarbeiterfrage aus? Schließlich kann sich ja die Institution Kirche schlecht in einen Beichtstuhl zwingen. Vorbilder gebe es genug, gerade aus dem Bereich der Kirche, meint Joachim Garstecki von der katholischen Friedensinitiative Pax Christi: "Der Papst selber hat doch bei seiner Israelreise gegenüber dem jüdischen Volk Schuld eingestanden - mit überzeugenden Gesten zum Beispiel an der Klagemauer. Und eine Kirche, die sich zugute hält und rühmt, dass sie mit Zeichen und Symbolen in einer sehr überzeugenden Weise umgehen kann, sollte mal ein bisschen Phantasie darauf verwenden

Späte Einsicht in eine dunkle Verstrickung

Die Kirchen und ihre Zwangsarbeiter

HR 2, Die Alternative, 31. Oktober 2000, 11.03-11.30 Uhr

den, wie man das angesichts einer solchen Frage nun auch tun kann. Das sollte nicht so schwierig sein."

Die Evangelische Kirche hat in der Zwangsarbeiterfrage ihre Schuld bekannt. Vielleicht nicht mit allzu großer Fantasie, aber immerhin per Presseerklärung. "Auch in der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie sind Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen", heißt es in dieser Erklärung. "Dies war Beteiligung an einem Zwangs- und Unrechtssystem. Wir bekennen diese Schuld." Bei dieser Erklärung irritierte nur eine Nebenbemerkung. Die Zwangsarbeiterstiftung sei auch deswegen so sinnvoll, weil sie vor Klagen, Boykottmaßnahmen und wirtschaftlichen Nachteilen schütze. Um es polemisch auszudrücken: Dieser Hinweis erinnert entfernt an die kirchlichen Berichte über das Berliner Zwangsarbeiterlager von vor 56 Jahren. Diese Berichte waren mustergültig - betriebswirtschaftlich betrachtet. Ganz anders redet Peter Storck, jetziger Pfarrer der damals beteiligten Jakobikirchengemeinde. "Das Bedrückende für mich ist, dass wir als Kirche eben nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit unserer institutionellen Verfasstheit einen Verkündigungsauftrag haben. Und wie wir uns organisieren, so stärken wir die Verkündigung oder eben nicht. Und wenn wir davon zeugen sollen, dass wir uns auf den Gott Israels gründen, der aus der Knechtschaft in die Freiheit führt, dann ist es für mich bedrückend, dass man zu Mitteln greift, wo Menschen als Zwangsarbeiter in Lagern leben, um Friedhofsarbeit zu machen. Das entspricht einfach nicht dem Verkündigungsauftrag und ist diesem Sinne eine Gotteslästerung."

Doch wer bereit ist, eigene Verstrickungen zuzugeben, wird befreit. Und wer bekennt: 'Wir haben Mist gebaut', wird nicht im Schlamm versinken. So sagen es zumindest die Kirchen gerne auf den Kanzeln. Sie berufen sich dabei auf eine Überzeugung, für die schon der Reformator Martin Luther stritt. Aber nicht nur er. Es ist die uralte Botschaft von Sünde und Vergebung. Doch sie spielt, davon ist Peter Storck überzeugt, auch in der Gegenwart - inmitten der Kirchen: "Das ist, wie Luther sagt: 'Wir sind Sünder, das ist wirklich wahr'. Wir brauchen uns über niemanden erheben, das sollten wir ganz nüchtern und selbstkritisch sehen. Zum anderen haben wir die Nachricht: Wo wir Schuld benennen und bekennen, haben wir die Zusage, dass Gott uns freispricht und dann auch zu anderem Handeln befreit. Wenn das geschieht, dann wäre das wirklich ein Stück Weg in die Freiheit."